

Alexandra Polownikow

# Transnationale Öffentlichkeit und ihre Qualitäten

Eine quantitative Inhaltsanalyse  
deutscher Medienberichterstattung



Springer VS

---

# Transnationale Öffentlichkeit und ihre Qualitäten

---

Alexandra Polownikow

# Transnationale Öffentlichkeit und ihre Qualitäten

Eine quantitative Inhaltsanalyse  
deutscher Medienberichterstattung

 Springer VS

Alexandra Polownikow  
Frankfurt am Main, Deutschland

Zugelassene Dissertation an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2016

D61

Geringfügig geänderte Fassung der Dissertation mit dem Originaltitel „Transnationale Öffentlichkeit und ihre Medienqualitäten“

OnlinePlus Material zu diesem Buch finden Sie auf  
<http://www.springer.com/978-3-658-17946-5>

ISBN 978-3-658-17945-8                      ISBN 978-3-658-17946-5 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-658-17946-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, DE 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

# Dank

Zunächst möchte ich meinen beiden Betreuerinnen Prof. Christiane Eilders und Jun.-Prof. Eva Heidbreder herzlich für ihre Unterstützung danken. Allen voran durch ihre hilfreichen Anmerkungen, kritischen Fragen und ihren steten Antrieb haben sie maßgeblich zum Gelingen meiner Promotion beigetragen. Prof. Ulrich Rosar danke ich für sein frühes Vertrauen in meine Fähigkeiten und die Chance, mein Promotionsvorhaben in die Tat umzusetzen.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei Prof. Gerhard Vowe und Prof. Olaf Jandura für ihre Beteiligung an meinem Promotionsverfahren bedanken, wobei ich Olaf Jandura besonders für die methodische Hilfestellung und die wertschätzenden Kommentare zu meiner Arbeit auf dem kurzen Dienstweg verbunden bin. Maike Rump bin ich für ihre Hilfe und ihr Engagement bei der Codierung im Rahmen der empirischen Erhebung sehr dankbar.

Teil des Graduiertenkollegs ‚Linkage in Democracy. Politische Repräsentation in heterogenen Gesellschaften‘ zu sein hat meine Promotionszeit sehr bereichert. Mein besonderer Dank gebührt meinen alten und neuen Kollegen von LinkDe für das angenehme Miteinander im Promotionswahnsinn und die guten Gespräche. An dieser Stelle sei vor allem Raphael Kösters für seine überaus hilfreichen Anmerkungen zu einem Teil meiner Dissertation herzlich gedankt. Allen LinkDe’lern, egal ob ihnen die Promotion noch bevorsteht oder sie schon in der Welt verteilt sind, wünsche ich nur das Beste.

Für den zusätzlichen Motivationsschub und die spannendste Erfahrung meiner Promotionszeit bin ich besonders der ECREA Summer School und allen daran Beteiligten zu großem Dank verpflichtet. Stellvertretend für alle, die durch ihre frische Perspektive, ihre Begeisterungsfähigkeit und den freien Austausch diese zwei Wochen in Bremen so besonders gemacht haben, sei Jan Švelch, Søren Schultz Jørgensen und Magnus Hoagen Iversen herzlich gedankt. Vor allem Jan Švelch bin ich weit darüber hinaus für die Inspiration und seinen steten Beistand zutiefst verbunden.

Dr. Dennis Lichtenstein hat mich dazu ermutigt, die ersten Schritte zum eigenen Promotionsprojekt zu gehen, und mich durch seine wertvollen Anmerkungen auf den letzten Metern begleitet. Er war und ist nach wie vor mein wissenschaftliches Vorbild.

Meine sehr guten Freundinnen Nelli Nokalla und Doreen Pomsel waren von Anfang an dabei. Ohne sie wäre meine Dissertation, so wie sie heute ist, nicht möglich gewesen. Nicht nur für ihren genauen wissenschaftlichen Blick, sondern vor allen Dingen für ihre Unterstützung in allen Lebenslagen, die gemeinsam verbrachte Zeit und die vielen Gelegenheiten zum Lachen bin ich ihnen unendlich dankbar. Vergessen möchte ich hier auch nicht Julia Lappert, deren Blick auf das Leben ich zu keiner Zeit missen möchte. Sie und viele andere haben die letzten Jahre für mich besonders gemacht.

Zuletzt möchte ich meinen Eltern Olga und Igor Polownikow meinen tiefen Dank aussprechen – für ihr untrübliches Vertrauen in mich und meine Vorhaben, ihre Geduld und ihre bedingungslose Unterstützung. Ich habe ihnen sehr viel zu verdanken.

Alexandra Polownikow  
Februar, 2017

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	XI
Tabellenverzeichnis .....	XIII
<b>1 Transnationalisierung von Öffentlichkeit – Schreckgespenst oder Heilsversprechen? .....</b>	<b>1</b>
<b>2 Öffentlichkeit und die Medien .....</b>	<b>7</b>
2.1 Spiegel- und Diskursmodell von Öffentlichkeit.....	10
2.2 Forenmodell von Öffentlichkeit.....	18
<b>3 Transnationalisierung von Öffentlichkeit.....</b>	<b>23</b>
3.1 Konzept der Transnationalisierung von Öffentlichkeit .....	24
3.1.1 Grundlegendes zum Konzept der Transnationalisierung von Öffentlichkeit .....	26
3.1.2 Theoretische Betrachtung der Globalisierung von Öffentlichkeit.....	27
3.1.3 Theoretische Betrachtung der Europäisierung von Öffentlichkeit.....	33
3.1.4 Zwischenfazit und Diskussion – Wann und wo lässt sich theoretisch von einer Transnationalisierung von Öffentlichkeit sprechen? .....	37
3.1.5 Analytische Dimensionen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit.....	39
3.2 Forschungsstand zur Transnationalisierung von Öffentlichkeit.....	45
3.2.1 Anfänge der Transnationalisierungsforschung: Auslandsberichterstattung.....	46
3.2.2 Frühe Transnationalisierungsforschung: der Anteil transnationaler Berichterstattung .....	48
3.2.3 Themen- und ereignisspezifische transnationale Berichterstattung.....	51
3.2.4 Unterschiede zwischen Ländern, Politikfeldern und die zeitliche Entwicklung transnationaler Berichterstattung.....	54

3.2.5	Unterschiede zwischen Medien und weitere Einflussfaktoren auf die transnationale Berichterstattung.....	63
3.2.6	Zwischenfazit und Diskussion – Wann und wo lässt sich empirisch von einer Transnationalisierung von Öffentlichkeit sprechen? .....	72
3.2.7	Dominante Akteure transnationaler Berichterstattung .....	74
3.3	Schlussfolgerung – Qualitäten der Berichterstattung als Beitrag zur Transnationalisierungsforschung .....	77
<b>4</b>	<b>Qualitäten und transnationale Berichterstattung .....</b>	<b>81</b>
4.1	Definition des Qualitätsbegriffs und Strukturierung der Qualitätsdebatte.....	82
4.2	Die Transparenz- und Validierungsfunktion von Öffentlichkeit und ihre Übersetzung in Qualitäten der Berichterstattung .....	91
4.3	Forschungsstand zu Qualitäten transnationaler Berichterstattung .....	97
4.3.1	Produktionsbedingungen transnationaler Berichterstattung.....	98
4.3.2	Qualitäten transnationaler Berichterstattung.....	105
4.4	Schlussfolgerung – nationale Berichterstattung als Bezugspunkt.....	115
<b>5</b>	<b>Herleitung der Forschungsfragen und Hypothesen .....</b>	<b>121</b>
<b>6</b>	<b>Methodisches Vorgehen.....</b>	<b>125</b>
6.1	Messung des Transnationalisierungsgrades .....	125
6.1.1	Untersuchungsdesign und Datengrundlage.....	125
6.1.2	Vorstellung des Untersuchungsinstrumentes .....	132
6.1.3	Auswertungsstrategie des Transnationalisierungsgrades .....	138
6.2	Messung der Medienqualitäten .....	140
6.2.1	Untersuchungsdesign und Datengrundlage.....	140
6.2.2	Vorstellung des Untersuchungsinstrumentes .....	143
6.2.3	Auswertungsstrategie der Medienqualitäten .....	147
<b>7</b>	<b>Auswertung, Darstellung und Interpretation der Ergebnisse.....</b>	<b>153</b>
7.1	Transnationalisierung von Öffentlichkeit.....	153
7.1.1	Berichterstattung zu Finanz- und Arbeitsmarktpolitik.....	154
7.1.2	Transnationalisierungsgrad der Berichterstattung zu Finanz- und Währungspolitik sowie Arbeitsmarktpolitik .....	160
7.1.3	Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse .....	171
7.2	Qualitäten nationaler und transnationaler Berichterstattung im Vergleich.....	173



---

7.2.1	Nationale und transnationale Berichterstattung im Vergleich ...	173
7.2.2	Offenheit transnationaler und nationaler Berichterstattung im Vergleich .....	187
7.2.3	Diskursivität transnationaler und nationaler Berichterstattung im Vergleich .....	200
7.2.4	Qualitäten-Cluster und ihr Zusammenhang mit anderen Faktoren .....	219
7.2.5	Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse .....	227
<b>8</b>	<b>Fazit zu den Medienqualitäten transnationaler Öffentlichkeit – kein Schreckgespenst, wenn auch kein Heilsversprechen .....</b>	<b>233</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>241</b>

*Den Anhang finden Sie auf OnlinePlus unter <http://www.springer.com>*

## Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i>	Bausteine des Bewertungsprozesses von Medienqualität.....	85
<i>Abbildung 2:</i>	Untersuchungsdesign und Datengrundlage .....	130
<i>Abbildung 3:</i>	Anzahl der Artikel nach Transnationalisierungsgrad .....	141
<i>Abbildung 4:</i>	Systemzugehörigkeit der Akteure und Adressaten unterschiedlicher Geltungsbereiche.....	158
<i>Abbildung 5:</i>	Europäisierungs- und Globalisierungsgrad nach Berichterstattungsfeld.....	164
<i>Abbildung 6:</i>	Europäisierungs- und Globalisierungsgrad nach Medium.....	166
<i>Abbildung 7:</i>	Systemzugehörigkeit der Urheber und Angesprochenen nach Extremgruppen.....	179
<i>Abbildung 8:</i>	Themenvielfalt nationaler und transnationaler Berichterstattung im Vergleich.....	188
<i>Abbildung 9:</i>	Akteursvielfalt nationaler und transnationaler Berichterstattung im Vergleich.....	192
<i>Abbildung 10:</i>	Rationalität nationaler und transnationaler Berichterstattung im Vergleich .....	201
<i>Abbildung 11:</i>	Ausgewogenheit nationaler und transnationaler Berichterstattung im Vergleich.....	207
<i>Abbildung 12:</i>	Zivilität nationaler und transnationaler Berichterstattung im Vergleich .....	211

*Den Anhang mit den Abbildungen 13-17 finden Sie auf OnlinePlus unter <http://www.springer.com>*

# Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1:</i>	Gegenüberstellung des Spiegel- und Diskursmodells von Öffentlichkeit (nach Gerhards, 1997; Ferree et al., 2002a) .....	17
<i>Tabelle 2:</i>	Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Operationalisierung .....	78
<i>Tabelle 3:</i>	Gegenüberstellung der Qualitätskriterienkataloge einschlägiger Studien zur Qualität transnationaler Berichterstattung .....	107
<i>Tabelle 4:</i>	Herleitungsprozess der Qualitäten und ihrer Operationalisierung .....	116
<i>Tabelle 5:</i>	Varianz im Mediensample.....	127
<i>Tabelle 6:</i>	Anzahl der Artikel pro Themenfeld und Medium (Messung des Transnationalisierungsgrades) .....	132
<i>Tabelle 7:</i>	Kategorien einer Aussage (Messung des Transnationalisierungsgrades).....	135
<i>Tabelle 8:</i>	Anzahl der Artikel pro thematischer Extremgruppe und Medium (Messung der Qualitäten).....	142
<i>Tabelle 9:</i>	Kategorien einer Aussage (Messung der Qualitäten) .....	145
<i>Tabelle 10:</i>	Themen des Berichterstattungsfeldes Finanz- und Währungspolitik .....	155
<i>Tabelle 11:</i>	Themen des Berichterstattungsfeldes Arbeitsmarktpolitik.....	156
<i>Tabelle 12:</i>	Extremgruppen nach Berichterstattungsfeld, Mediengattung und Medium (in Prozent).....	175
<i>Tabelle 13:</i>	Urheber der Positionen in Extremgruppen nach Bewertung (in Prozent).....	182
<i>Tabelle 14:</i>	Einflüsse auf die Offenheit nationaler und transnationaler Berichterstattung .....	199
<i>Tabelle 15:</i>	Positionen zu Themen nach Extremgruppe .....	205
<i>Tabelle 16:</i>	Einflüsse auf die Diskursivität nationaler und transnationaler Berichterstattung.....	217
<i>Tabelle 17:</i>	Mittelwerte der Qualitäten nach Clustern.....	220
<i>Tabelle 18:</i>	Beschreibung der Cluster .....	222

*Den Anhang mit den Tabellen 14-80 finden Sie auf OnlinePlus unter <http://www.springer.com>*

# 1 Transnationalisierung von Öffentlichkeit – Schreckgespenst oder Heilsversprechen?

Bereits eine kurze Onlinerecherche zur ‚Transnationalisierung‘ zeigt ihr Ausmaß: Egal ob Feminismus-Netzwerke oder organisiertes Verbrechen, Governance, Konzerne, Medien oder Proteste, egal ob Haushalte, Kino oder Mutterschaft – all das kann transnationalisiert sein. Auch wenn hinter diesem Potpourri an Transnationalisierungsprozessen sehr unterschiedliche Kontexte stehen, die Idee ist stets dieselbe: Es geht um die Überschreitung und Überwindung nationalstaatlicher Grenzen. Anders als beim Begriff ‚Globalisierung‘ dient bei der Transnationalisierung allerdings weiterhin der Nationalstaat als zentraler Referenzpunkt, und Veränderungen nehmen nicht per definitionem eine globale Dimension an. Die Bewertung verschiedener transnationaler Entwicklungen kann dabei sehr unterschiedlich ausfallen. Für die einen sind sie das ‚Schreckgespenst‘ nationaler Souveränität, wie es im Rahmen der Flüchtlingsströme nach Europa oder der Unkontrollierbarkeit der Finanzmärkte diskutiert wird. Für andere wiederum gilt die Transnationalisierung als ein ‚Heilsversprechen‘ gegen drängende Probleme, beispielsweise durch das demokratische Potential neuer Kommunikationstechnologien oder die Effizienzsteigerung aufgrund internationaler Koordination.

In der vorliegenden Arbeit liegt das Hauptaugenmerk auf der Transnationalisierung von Öffentlichkeit – verstanden als die Ausdehnung des Netzwerks öffentlicher Kommunikationsforen über den Nationalstaat hinaus. Auch dieser Prozess ist hochaktuell und wird in der Kommunikationswissenschaft intensiv diskutiert. (z.B. Koopmans & Statham, 2010a; Hepp et al., 2016; Wessler et al., 2008) Zumeist wird ein normativer Ausgangspunkt gewählt, um die Bedeutung von Öffentlichkeit herauszustellen, doch erlauben bisherige empirische Untersuchungen nur bedingt eine umfassende Beurteilung der Veränderungen in der nationalen Öffentlichkeit. Zwar ist sich die Forschung einig darüber, *dass* die Transnationalisierung von Öffentlichkeit – in wie auch immer gearteter Form – real stattfindet. *Wie* sich diese allerdings gestaltet und idealerweise gestalten sollte, wurde bis dato nicht erschöpfend untersucht.

Die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung lässt sich aus zwei Perspektiven beantworten, die – wie die Transnationalisierung von Öffentlichkeit selbst

– im Spannungsfeld zwischen politischen Entscheidungen und öffentlicher Kommunikation liegen: Die erste Perspektive greift die zunehmende Transnationalisierung politischer Entscheidungsfindung auf. In der Politikwissenschaft wird dieses Phänomen unter Stichworten wie Europäisierung<sup>1</sup> (z.B. Auel, 2006; Panke & Börzel, 2008; Radaelli, 2003) oder Global Governance<sup>2</sup> (z.B. Behrens, 2004; Zürn, 2012) untersucht. Die Tragweite dieser Prozesse lässt sich sowohl an ihrer Breite als auch ihrer Tiefe festmachen: Hinsichtlich der Ausweitung der Transnationalisierung von Politik zeigt sich, dass zum einen internationale Organisationen und vor allem ihre nachgeordneten Organe und spezialisierten Einrichtungen zugenommen haben. Waren es im Jahr 1951 noch 955 konventionelle internationale Zusammenschlüsse, so stieg die Zahl in den darauffolgenden 60 Jahren auf 8.451 und beträgt laut aktuellen Auswertungen für die Jahre 2014/15 insgesamt 8.892 (Union of International Associations, 2013a; 2013b). Zum anderen hat sich auch die Anzahl der Länder-Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und die Zahl abgeschlossener internationaler Verträge kontinuierlich vergrößert (Beisheim et al., 1999, S. 323-330; 353-355; Rittberger & Zangl, 2008, S. 55-57). (Rittberger, Kruck & Romund, 2010, S. 95-96) Hinsichtlich der Tiefe von Transnationalisierungsprozessen lassen sich Veränderungen der Regelungs- und Durchsetzungskompetenz supranationaler Institutionen und internationaler Organisationen feststellen: Während die „Effektivität einzelstaatlicher Politikgestaltung und Regulierung“ (ebd., S. 105) abnimmt, werden „Regierungsleistungen ... aus der staatlichen Arena in inter-, trans- oder supranationale Arenen verlagert“ (ebd., S. 106). (Grande, 2003, S. 289-290) Vor allem anhand der Europäischen Union (EU) lassen sich diese Entwicklungen illustrieren. Nicht nur hinsichtlich der Anzahl ihrer Mitgliedsländer hat sich die EU stetig erweitert, sondern auch vertieft durch eine zunehmende wirtschaftliche und politische Integration und den Kompetenzzuwachs europäischer Institutionen vis-a-vis nationaler Organe.

Mit diesem wachsenden Ausmaß transnationaler Politik rückt die Frage nach ihrer demokratischen Legitimation in den Vordergrund (für die EU siehe z.B. Follesdal & Hix, 2006; Moravcsik, 2002; Scharpf, 2009; Schmidt, 2010, S.

---

1 Europäisierung meint den „Prozess der Politikformulierung auf der EU-Ebene und dessen Rückwirkung auf die Mitgliedsstaaten“ (Panke & Börzel, 2008, S. 138), fokussiert also auf die Veränderung der Logik nationalen politischen Handelns sowie den Verlauf und die Folgen der europäischen Integration.

2 Mit dem Begriff der Global Governance ist die Internationalisierung politischen Handelns oft unter Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren gemeint. So beispielsweise die Verbreitung von Regimen – wie dem Kyoto Protokoll –, supranationalen Organisationen – wie den Vereinten Nationen (UN), der Weltgesundheits- (WHO) oder Welthandelsorganisation (WTO) – sowie global agierenden Nicht-Regierungsorganisationen – zum Beispiel Attac oder Greenpeace.

399-411; für Global Governance Regime siehe z.B. Bürgler, 2009; Keohane, 2011; Take, 2009a,b; Zürn, 2004): Die Rückkopplung transnationaler Politik an den überwiegend im Nationalstaat verankerten Bürger – sei es durch demokratische Wahlprozesse und/oder die Vermittlung relevanter Informationen als Basis für die Meinungs- und Willensbildung – wird aus demokratietheoretischer Perspektive problematisiert. Obwohl das Feld transnationaler Institutionen und Organisationen dispers ist und dementsprechend unterschiedliche Ausgangssituationen für die Herstellung von Legitimität vorliegen, wird immer auch auf eine Voraussetzung verwiesen (z.B. de Beus, 2010; Nanz & Steffek, 2004): öffentliche Kommunikation.

An dieser Stelle setzt die zweite Perspektive an, die für die Relevanzbegründung des vorliegenden Forschungsvorhabens zentral ist: die in der Öffentlichkeitstheorie postulierte Bedeutung öffentlicher Kommunikation für die demokratische Legitimation politischer Prozesse. Die Annahme ist, dass vor allem die Massenmedien als Öffentlichkeitsakteure und zentrales Forum, das potentiell alle Bürger<sup>3</sup> erreichen können bzw. in der potentiell alle Bürger teilnehmen können, politische Inhalte vermitteln sollen. Doch ist nicht nur wichtig, dass Politik kommuniziert wird, sondern auch, wie dies geschieht. Lediglich qualitativ hochwertige Medienberichterstattung, so die normative Erwartung, bereitet den Weg für eine demokratische Meinungs- und Willensbildung der Bürgerschaft und ermöglicht so erst politische Teilhabe.

Während die Rolle der Medien also darin besteht, qualitätsvolle öffentliche Kommunikation zur Verfügung zu stellen, wandeln sich Medieninhalte durch die Transnationalisierung von Politik zunehmend. Um mit dieser Entwicklung Schritt halten zu können, ist die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit nicht nur als Indikator für demokratische Legitimation, sondern auch als ihre normative Voraussetzung in der nationalen und transnationalen Sphäre zu sehen (Wessler et al., 2008, S. 2).

Obwohl die nach wie vor stark am Nationalstaat orientierten Bürger nicht unmittelbar an transnationalen politischen Entscheidungen mitwirken oder die darin involvierten Politiker oft nicht direkt wählen können, sind sie dennoch von transnationalen politischen Prozessen betroffen. Schon deshalb ist es notwendig, sie auch qualitativvoll über diese Prozesse zu informieren. Diese Betroffenheit wird beispielsweise anhand des Krieges in Syrien deutlich: Nicht nur aufgrund der deutschen Beteiligung am Einsatz gegen die Terrorgruppe des sogenannten ‚Islamischen Staates‘ (IS) ist dieser für das heimische Publikum von Interesse. Auch die – durch die humanitäre Lage vor Ort ausgelösten – Flüchtlingsbewe-

---

3 Wenn in der vorliegenden Arbeit aufgrund besserer Lesbarkeit lediglich die männliche Form verwendet wird, so ist die weibliche Form stets mit eingeschlossen.

gungen nach Europa oder die steigende Terrorgefahr in Deutschland und seinen europäischen Nachbarländern, die im Machtzuwachs des IS oder Al-Qaidas begründet liegt, bringen weit entfernte Auseinandersetzungen in das gesellschaftliche Bewusstsein und auf die Agenda der nationalen Politik. Als ein weiteres Beispiel kann die Leitzins-Setzung der US-Notenbank Federal Reserve herangezogen werden: Diese gilt zwar nur für den Dollar, hat aber aufgrund der komplizierten Vernetzung des Finanzsektors direkten Einfluss auf den Wert des Euro und damit beispielsweise auf die deutsche Außenhandelsbilanz. Auch anhaltender und gesundheitsgefährdender Smog in Peking betrifft das heimische Publikum, da er die starke Umweltverschmutzung zeigt, die – obwohl geografisch weit entfernt – auch für Deutschland langfristig ein Problem darstellen und zum Handeln auffordern kann. Dies zeigen das Klimaziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2,0 Grad und der Beschluss der Industrienationen auf dem Klimagipfel in Paris Ende des Jahres 2015, weniger finanzstarken Ländern 100 Milliarden Dollar jährlich für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen.

Ferner entwickeln auch für Deutschland auf den ersten Blick irrelevante Vorkommnisse wie der Ausgang einer Präsidentschaftswahl oder Arbeiterproteste in Ländern am vermeintlichen anderen Ende der Welt eine Bedeutung für deutsche Staatsbürger. Zum einen weil Journalisten im Rahmen ihres gesellschaftlichen und professionellen Auftrags die Entscheidung treffen, über solche Ereignisse zu berichten und ihnen damit Relevanz zuschreiben. Und zum anderen, weil die deutsche Regierung sich – entweder aufgrund von Handelsbeziehungen, diplomatischen Kontakten oder betroffenen Interessen – zu diesen Ländern positionieren muss. Die Haltung der deutschen Regierung in internationalen Fragen und im Kontrast dazu die Positionierung anderer Parteien im Land kann als Kriterium für die Wahlentscheidung der deutschen Bürger dienen. Dementsprechend sollten die Medien auch über scheinbar abgelegene politische Prozesse qualitativ hochwertig berichten, um eine Informationsgrundlage für die Meinungsbildung der Bürger zu schaffen.

Ausgehend davon besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit in der *Zustandsbeschreibung der Transnationalisierung deutscher Öffentlichkeit* und ihrer *normativen Bewertung* vor dem Hintergrund der Funktionen und Prinzipien von Öffentlichkeit. Hierfür werden zunächst verschiedene Öffentlichkeitstheorien erörtert und die darin postulierte Aufgabe der Medien deutlicher herausgestellt. Das besonders an die Transnationalisierungsforschung anschlussfähige Forenmodell von Öffentlichkeit (Neidhardt, 1994) dient als Ausgangspunkt für die weiteren Betrachtungen (Kapitel 2). Im Anschluss werden der konzeptionelle Rahmen der Transnationalisierung von Öffentlichkeit sowie der aktuelle Forschungsstand aufgearbeitet. Zentral sind die Fragen, wann von der Entstehung einer transnationalisierten Öffentlichkeit gesprochen werden kann und wie dies

analytisch zu konzeptualisieren und empirisch zu überprüfen ist (Kapitel 3). Um die festgestellte normative Leerstelle der Transnationalisierungsforschung von Öffentlichkeit zu ergänzen und auf diese Weise das kritische und evaluative Potential des Öffentlichkeitsbegriffs stärken zu können, wird anschließend das *Konzept der Medienqualitäten* eingeführt. Ausgehend von der Transparenz- und Validierungsfunktion von Öffentlichkeit nach dem Forenmodell werden zunächst Qualitätskriterien abgeleitet, die die empirische Betrachtung transnationaler öffentlicher Kommunikation und damit die normative Bewertung des Transnationalisierungsprozesses ermöglichen. Zusätzlich werden werteorientierte Qualitätsansätze und der bisherige Forschungsstand zur Qualität transnationaler Berichterstattung in den Blick genommen. Als Qualitäten ergeben sich daraus Vielfalt, Ausgewogenheit, Rationalität und Zivilität. Neben der Inkorporation des Qualitätsbegriffes in die Transnationalisierungsforschung als eine zentrale theoretische Leistung der vorliegenden Arbeit besteht ihr Beitrag zum wissenschaftlichen Fachdiskurs ferner im Bezug auf die *nationale öffentliche Kommunikation als Benchmark* für die Bewertung transnationaler Kommunikation (Kapitel 4). Erst im Vergleich der Qualitäten nationaler und transnationaler Berichterstattung wird es möglich einzuschätzen, inwiefern die Transnationalisierung von Öffentlichkeit den nationalen Mediendiskurs verändert hat.

Die forschungsleitenden Fragen werden in Kapitel 5 präzisiert und lauten: Wie ist die Transnationalisierung der deutschen Öffentlichkeit ausgestaltet? Und inwiefern unterscheiden sich die transnationale und die nationale Medienberichterstattung hinsichtlich ihrer Qualitäten? Diese Fragen werden mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse beantwortet. Dabei liegt der Fokus auf der Printberichterstattung zu Finanz- und Währungspolitik sowie Arbeitsmarktpolitik – beides redistributive Politikfelder, allerdings mit unterschiedlichen politischen Transnationalisierungsgraden – im Jahr 2013 in insgesamt sechs Qualitäts- und Publikumsmedien (Kapitel 6). Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt gemäß den Forschungsfragen in zwei Stufen: Zunächst werden der inhaltliche Transnationalisierungsgrad der Berichterstattung sowie Einflussfaktoren darauf ermittelt. Auf Basis dessen werden Extremgruppen mit jeweils Artikeln des nationalen und transnationalen Mediendiskurses gebildet und es erfolgen ihre Gegenüberstellung hinsichtlich der verschiedenen Qualitäten sowie die Ergründung des Zusammenhangs mit anderen Faktoren (Kapitel 7). Abschließend wird im Fazit (Kapitel 8) diskutiert, inwiefern die Transnationalisierung von Öffentlichkeit vor einem demokratie- und öffentlichkeitstheoretischen Hintergrund als Gefahr oder aber als Chance für die Qualität deutscher öffentlicher Kommunikation und damit der Öffentlichkeit allgemein zu werten ist.



## 2 Öffentlichkeit und die Medien

Das folgende Kapitel legt die öffentlichkeitstheoretische Basis für die Diskussion von Transnationalisierung und die Erarbeitung konkreter Qualitäten von Medienberichterstattung. Für eine Annäherung an den Begriff Öffentlichkeit wird er zunächst definiert, die Besonderheiten der Medienöffentlichkeit verdeutlicht und die Bedeutung öffentlicher Kommunikation für moderne Demokratien herausgestellt. Eine Gegenüberstellung verschiedener Öffentlichkeitskonzepte anhand der Input-, Throughput- und Outputebene spannt anschließend den Raum möglicher normativer Implikationen für die Funktionen von Öffentlichkeit und die Rolle der Medien auf. Durch die finale Zuspitzung auf das Forenmodell von Öffentlichkeit lässt sich die Brücke zur Transnationalisierungsforschung (Kapitel 3) und vor allem den theoretischen und empirischen Ausführungen zu Medieninhaltsqualitäten (Kapitel 4) schlagen.

Im alltagssprachlichen Gebrauch kursieren verschiedene Verständnisse von Öffentlichkeit: Sie kann erstens als Infrastruktur öffentlicher Kommunikation zum Beispiel mit den klassischen Massenmedien gleichgesetzt werden, zweitens als massenmediales Produkt – etwa als der Zustand allgemeiner Aufmerksamkeit – oder drittens als Kollektiv derjenigen konzeptualisiert werden, die sich an öffentlicher Kommunikation beteiligen (Wessler & Brüggemann, 2012, S. 54). Für eine breite Definition, die über diese einzelnen Verständnisse hinausgeht, ist jedoch das Adjektiv ‚öffentlich‘ der zentrale Anknüpfungspunkt: Demnach gilt all jenes als *öffentlich*, was *nicht geheim* und *nicht privat* ist, also das, „was vor aller Augen geschieht und in aller Munde“ (Peters, 1994, S. 44) sowie „Gegenstand organisierter kollektiver Verantwortlichkeit und Entscheidungen [ist] (oder sein sollte)“ (ebd.). Öffentlichkeit lässt sich damit als Raum beschreiben, in dem eine solche Art von Kommunikation stattfindet; ein Raum, der sich durch eine prinzipiell offene Zugänglichkeit und die Thematisierung von Angelegenheiten auszeichnet, die alle etwas angehen (Wessler & Brüggemann, 2012, S. 55). In den Fokus geraten also nicht mehr nur die Personen und Verbreitungskanäle sowie das Ergebnis öffentlicher Kommunikation, sondern die Inhalte und Beschaffenheit von Öffentlichkeit.

Dabei existiert Öffentlichkeit nicht automatisch, sondern muss stets aktiv hergestellt werden – eine Aufgabe, die durch öffentliche Kommunikation zustande kommt und damit den Massenmedien zugesprochen wird (Pöttker, 1998,

S. 237). Öffentliche Kommunikation ist dabei nicht gleichbedeutend mit massenmedial vermittelten Themen, doch wird Erstere durch Medienorganisationen erheblich beeinflusst und kann dementsprechend als Näherungswert verstanden werden (Jarren, 2008, S. 332). Bereits die frühen Zeitungswissenschaftler (siehe Groth, 1948, S. 178-179 in Bezug auf Prutz) rekurren auf die zentrale Bedeutung der Medien für die Etablierung einer modernen Öffentlichkeit. Neidhardt (2007, S. 33) datiert die „Institutionalisierung des ‚Prinzips Öffentlichkeit‘“ auf das 19. Jahrhundert, in dem die „verfassungsrechtliche Verankerung von Informations-, Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit“ (ebd.) erfolgte, und schreibt der Etablierung massenmedialer Technologien eine zentrale Rolle für die Herstellung der politischen Öffentlichkeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu (ebd., 1994, S. 11-12).<sup>4</sup> Es sind die Massenmedien, die aufgrund ihrer Selektions- und Aufbereitungsleistung dazu in der Lage sind, die Komplexität und Distanz innerhalb moderner Gesellschaften zu reduzieren und durch die öffentliche Vermittlung von Angelegenheiten, die von allgemeinem Interesse sind, den Bürgern nicht unmittelbar Erlebtes zu vermitteln (Jarren, 2008, S. 330; Pöttker, 1998, S. 235-236). Die Massenmedien nehmen also eine doppelte Rolle ein: Zum einen dienen sie als Kanal und Plattform für die Abbildung der Beiträge anderer Akteure und des gesellschaftlichen Diskurses allgemein. Sie spannen durch diese Vermittlungsfunktion den öffentlichen Kommunikationsraum auf, da sie als das ‚Master-Forum‘ fungieren und (zumindest potentiell) alle Gesellschaftsmitglieder erreichen (Ferree et al., 2002b, S. 10; Neidhardt, 1994, S. 11) und so alle Bürger in den öffentlichen Diskurs integrieren können (Voltmer, 1999, S. 22-23).<sup>5</sup> Zum anderen folgen Massenmedien einer eigenständigen Lo-

---

4 Neben der Öffentlichkeitsebene der Massenmedien lassen sich zwei weitere Ebenen differenzieren, die sich zum einen hinsichtlich der Menge an Kommunikationsteilnehmern und zum anderen hinsichtlich ihres Grades an struktureller Veränderung unterscheiden: die Encounter- und die Veranstaltungsöffentlichkeit (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 19-25).

Für die Transnationalisierung von Öffentlichkeit spielen beide Ebenen nur eine untergeordnete Rolle: Das physische Aufeinandertreffen von Personen verschiedener Staatsangehörigkeit („Encounter“) kommt verhältnismäßig seltener vor als im nationalen Kontext. Transnationale Themen werden zwar auch auf Veranstaltungen diskutiert, doch gestaltet sich hierbei die Informations- und Meinungsverbreitung aufgrund unterschiedlicher Sprachen und Kulturkreise noch etwas schwieriger. Dementsprechend erhalten die Massenmedien für den transnationalen Kontext eine noch größere Bedeutung zur Herstellung von Öffentlichkeit.

5 Aufgrund dieser angenommenen Reichweite wird in der Kommunikationsforschung Öffentlichkeit bzw. der öffentliche Diskurs häufig mit der Medienöffentlichkeit bzw. dem medialen Diskurs konzeptionell gleichgesetzt. Das hat theoretische Schwächen: In der Medienberichterstattung ist beispielsweise von einem systematischen (Eliten-)Bias auszugehen, der durch die Medienlogik und spezifische Selektionskriterien (z.B. Nachrichtenwertfaktoren) bedingt ist. Auch wird je nach empirischer Medienauswahl der gesamtgesellschaftliche Diskurs unzureichend abgebildet. Da die Medien jedoch das einzige Forum sind, das zumindest das Potential hat, die gesamte Gesellschaft zu erreichen, stellt die Berichterstattung in reichweitenstarken

gik: Sie selektieren und komplettieren die Informationen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, kommentieren diese und produzieren eigene Beiträge. Dies macht sie selbst zu zentralen Akteuren im öffentlichen Diskurs. Die herausragende Rolle für die Herstellung von Öffentlichkeit und damit die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft legt nahe, dass Massenmedien bestimmten Anforderungen genügen müssen. (z.B. Schulz, 2011, S. 319-322)

Öffentlichkeit ist dabei nicht nur ein Leitbegriff, also ein zentrales Element „der Semantik moderner westlicher Gesellschaften“ (Peters, 1994, S. 42), sondern gehört auch zum Kern ihres demokratischen Selbstverständnisses (Jünger & Donges, 2013, S. 151). Die Bedeutung von Öffentlichkeit zeigt sich vor allem in ihrem angenommenen Zusammenhang mit Demokratie und Legitimation (Peters, 2007, S. 351): Ohne eine Öffentlichkeit, „die genügend Information bereitstellt und die Transparenz politischer Entscheidungen sowie einen Wettbewerb der Ideen und Argumente sichert“ (ebd., S. 352), ist sowohl die politische Beteiligung der Bürger als auch der Bestand eines legitimen und leistungsfähigen demokratischen Systems undenkbar (Gerhards, 1998, S. 269-270; Voltmer, 1999, S. 13). In demokratischen Gesellschaften, in denen das politische Handeln begründungsbedürftig ist, stellt Öffentlichkeit demnach eine dauerhafte und responsive Verbindung zwischen den Entscheidungsträgern sowie den von Beschlüssen Betroffenen her und ermöglicht so die Herrschaftskontrolle bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Selbststeuerung (Tobler, 2010, S. 41-43). Diese intermediäre Position zeigt, dass „moderne Demokratien ohne Öffentlichkeit nicht denkbar sind“ (Gerhards, 2002, S. 270).

Es überrascht daher nicht, dass der Öffentlichkeitsbegriff oft eine Basis für gesellschaftstheoretische Konzepte darstellt und zum Standardrepertoire der Sozialwissenschaften gehört (Gerhards, 1998, S. 268; Imhof, 2003, S. 194). Obwohl das Öffentlichkeitskonzept nicht explizit in den Klassikern der Soziologie vertreten ist (Gerhards, 1998, S. 268), lässt sich die theoriegeschichtliche Entwicklung des Begriffs bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen und bis in die Gegenwart nachzeichnen – von den aufklärerischen Ausführungen Immanuel Kants, der durch seinen Vernunft- und Tugendbegriff auf „eine öffentliche Sphäre verweist, in der das freie Raisonement *beides* hervorbringt“ (Imhof, 2003, S. 193; kursiv im Original), bis zu Jürgen Habermas, dem wohl bekanntesten Namen im Zusammenhang mit dem Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit und ihrem Verfall (ebd., S. 193-200).

Obwohl Öffentlichkeit als Begriff dabei stets normativ aufgeladen ist (Gerhards, 1998, S. 268-269; Jünger & Donges, 2013, S. 151), werden je nach spezifischem Öffentlichkeitsverständnis unterschiedliche Forderungen an ihre Funkti-

---

und/oder qualitativ hochwertigen Leitmedien einen Näherungswert für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs dar und kann diesen mitgestalten.

onen, an die Rolle der Medien<sup>6</sup> und nicht zuletzt auch an die inhaltliche Ausgestaltung der medialen Vermittlung herangetragen. Die Pole für den normativen Gehalt von Öffentlichkeitskonzepten stellen einerseits die liberalen bzw. repräsentativ-liberalen Ansätze (Luhmann, 1990; 1996; Marcinkowski, 1993; 2002) und andererseits die diskursiven bzw. deliberativen Ansätze (Habermas, 1990; 1992; Peters, 2001) dar. Diese werden im Folgenden hinsichtlich ihrer Konzeptualisierungen von Öffentlichkeit sowie ihrer damit verknüpften Funktionen und des Medienverständnisses gegenübergestellt (Kapitel 2.1). Im Anschluss wird das Arenen- bzw. Forenmodell von Neidhardt (1994) diskutiert; es entstand unter Rekurs auf die beiden anderen Öffentlichkeitsmodelle, nimmt hinsichtlich der normativen Forderungen an Öffentlichkeit eine Mittelposition ein und misst den Massenmedien eine besondere Bedeutung bei (Kapitel 2.2). Die Öffentlichkeitsfunktionen des Forenmodells bilden dabei die Basis zur Herleitung inhaltlicher Qualitäten transnationaler Medienberichterstattung (siehe Kapitel 4).

## 2.1 Spiegel- und Diskursmodell von Öffentlichkeit

Um die Merkmale der einzelnen Öffentlichkeitsmodelle detailliert herauszuarbeiten, werden die Systematisierungen von Gerhards (1997) sowie Ferree et al. (2002a) aufgegriffen und in Anlehnung an diese die Differenzierung nach Neidhardt (1994, S. 8 im Rekurs auf Etzioni, 1968) herangezogen: Dieser unterscheidet drei Prozessstufen von Öffentlichkeit – Input, Throughput und Output. Während die Inputebene darauf ausgelegt ist, welche Akteure in Demokratien am öffentlichen Diskurs teilnehmen (sollen), beschreibt die Throughputebene den öffentlichen Kommunikationsprozess und seine (wünschenswerte) Beschaffenheit, und die Outputebene bezieht sich auf das (potentielle) Resultat des öffentlichen Diskursprozesses. Inwiefern die Massenmedien diese Prozessstufen bedienen und damit die Funktionen erfüllen, kann dabei als Gütekriterium für Öffentlichkeit fungieren, da die Funktionserfüllung die Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Demokratie widerspiegelt (Neidhardt, 1994, S. 8).

Ein erstes normativ wenig voraussetzungsreiches Konzept von Öffentlichkeit ist das liberale Modell – auch Spiegelmodell genannt. Obwohl es keine einschlägigen Autoren gibt, die das Spiegelmodell explizit erarbeiten, bilden die liberale Demokratietheorie (v.a. Ackerman, 1989) sowie systemtheoretische Überlegungen (Luhmann, 1990; 1996; Marcinkowski, 1993; 2002) zentrale Bezugspunkte. Ihnen zufolge soll Öffentlichkeit „die Selbstbeobachtung der Gesell-

---

6 Beispielsweise erarbeiten Christians und Kollegen (2009) vier Theoriemodelle von Demokratie und leiten daraus vier verschiedene Journalismusrollen ab: eine beobachtende, kollaborative, radikale oder stützende bzw. ermöglichende (Christians et al., 2009, S. 139-220).

schaft und die Herstellung einer Selbstbeschreibung mittels Veröffentlichung von Themen und darauf bezogenen Beiträgen“ (Marcinkowski, 1993, S. 118; siehe auch Luhmann, 1990, S. 170-182) ermöglichen. Der öffentlichen Debatte wird in Grundsatzfragen kein Konsens in Aussicht gestellt, weswegen sich die Akteure in der Diskussion auf kompromissfähige Fragen fokussieren und beschränken sollen. (Gerhards, 1997, S. 9-10; siehe auch Ackerman, 1989, S. 17-19) Im systemtheoretischen Zusammenhang werden dabei die Massenmedien als ein eigenständiges System aufgearbeitet, das besagte Selbstbeobachtung dirigiert und eine Integrationsfunktion erfüllt, da von diesem Medium „prinzipiell niemand ausgeschlossen wird und das soweit als gemeinsamer thematischer Rahmen gesellschaftsinterner Kommunikation fungieren kann“ (Marcinkowski, 2002, S. 114). Dabei müssen Medien nicht die Realität abbilden oder wahre Informationen liefern (Luhmann, 1996, S. 173-174), von denen das Publikum profitiert, sondern aufgrund ihrer eigenen Systemhaftigkeit sich lediglich immer wieder selbst erneuern. Aus systemtheoretischer Sicht werden also keine normativen Forderungen an die Massenmedien angelegt. (Marcinkowski, 2002, S. 119) Ein wenig weiter gehen die repräsentative bzw. partizipative liberale Öffentlichkeitstheorie, die die Informations- und Repräsentationsfunktion von Öffentlichkeit betonen (Ferree et al., 2002a, S. 291; 296-297). Hinsichtlich der Inputdimension, die beim Spiegelmodell von Öffentlichkeit im Fokus steht, lässt sich feststellen, dass die verschiedenen Interessenlagen stets proportional zu ihrer gesellschaftlichen Verteilung in der öffentlichen Debatte widergespiegelt werden sollen. (Gerhards, 1997, S. 10) Da Öffentlichkeit als „Letztinstanz der Beurteilung politischer Angelegenheiten“ (Luhmann, 1996, S. 187) dient, verbleibt die Autorität theoretisch bei den Bürgern. Doch kann Öffentlichkeit nicht politisch entscheiden und somit sollen gewählte Repräsentanten und kollektive Akteure, die den öffentlichen Diskurs dominieren, Entscheidungen treffen – verfügen sie doch einerseits über die notwendige Expertise und andererseits über die demokratische Legitimation im Auftrag der Bürger zu sprechen (Ferree et al., 2002a, S. 290-291). Zentral ist ferner die Herstellung von Transparenz, die den Medien zukommt: Repräsentanten sollen genug Raum erhalten, um ihre Positionen darzustellen und die Positionen ihrer Kontrahenten zu hören. Denn nur so können zum einen Teilnehmer der Debatte erfahren, welche Positionen die anderen innehaben und in welchen Aspekten sie übereinstimmen (Gerhards, 1997, S. 9-10), und zum anderen Bürger die Chance erhalten, sich über wichtige gesellschaftliche und politische Sachverhalte zu informieren (Ferree et al., 2002a, S. 291-292). Der geringe Stellenwert der Bürgerbeteiligung bzw. das eher passive Bürgerbild, das in der repräsentativ-liberalen Demokratietheorie vorherrscht, wird in der partizipativ-liberalen Demokratietheorie revidiert: Die Einbindung aller Bürger in den öffentlichen Diskurs ist hier zentral, da sich nur auf diese Weise ein

*volonte générale* – also ein allgemeiner Volkswille – herausbildet und alle gesellschaftlichen Interessen öffentlich diskutiert werden können. (ebd., S. 295-297) Betrachtet man die beide liberalen Strömungen gleichermaßen, so lässt sich für die Inputfunktion des Spiegelmodells festhalten, dass sowohl die proportionale Repräsentanz aller gesellschaftlichen Interessen als auch die Herstellung von Transparenz im Vordergrund stehen. Die in der Öffentlichkeit Handelnden sind dabei zumeist kollektive Akteure.

Im Vergleich dazu ist das diskursive bzw. deliberative Öffentlichkeitsverständnis – auch als Diskursmodell bezeichnet – normativ deutlich voraussetzungsreicher. Hier dienen vor allem die Ausführungen von Habermas (1990; 1992), aber auch von Peters (1994; 2001) als zentrale Referenzen. Habermas konzeptualisiert Öffentlichkeit entlang eines Verlaufsmodells von Politikerherstellung, die abhängig davon ist, welche Akteure in der Öffentlichkeit zu Wort kommen. Dabei lässt sich zwischen Akteuren des Zentrums – also des politisch-administrativen und juristischen Systems – sowie Akteuren der Peripherie unterscheiden. Die Peripherie gliedert sich in eine Input- und Outputperipherie: Auf der Inputseite lassen sich Akteure der Zivilgesellschaft, beispielsweise Interessengruppen, kulturelle Einrichtungen, Kirchen oder die Bürger selbst, verorten. Die zentralen Aufgaben der Akteure der inneren Peripherie sind die Einflussnahme auf politische Prozesse, das Stellen von Forderungen und die Artikulation von Interessen, Bedürfnissen und gesellschaftlichen Problemen. In der Outputperipherie befinden sich demgegenüber organisierte Spitzenverbände (Gerhards, 1997, S. 3; Habermas, 1992, S. 429-431). Habermas legt in Anlehnung an Peters als Bedingung für eine legitime politische Entscheidung den Ursprung des Meinungs- und Willensbildungsprozesses in der Inputperipherie fest. Getroffen werden die Entscheidungen dagegen im Zentrum durch demokratische und rechtsstaatliche Verfahren, umgesetzt bzw. blockiert werden sie in der Outputperipherie (Gerhards, 1997, S. 4-5; Habermas, 1992, S. 431-432). Liegt die kommunikativ erzeugte Macht auf der Inputseite, so spricht Gerhards von einer autochthonen Öffentlichkeit, wird Macht administrativ – also im Zentrum – erzeugt, dann gilt die Öffentlichkeit als vermachtet (Gerhards, 1997, S. 6-7). Erstere ist normativ wünschenswerter, um einen öffentlichen Diskurs zu forcieren.

Ferner sind es die Massenmedien, die Öffentlichkeit durch die Wahl der Beiträge vorstrukturieren und dominieren. Da Massenmedien jedoch aufgrund ihres zunehmend kommerziellen Charakters von privaten Interessen durchzogen sind, so Habermas' These, verändert ihre Dienstleistung den Charakter von Öffentlichkeit; Öffentlichkeit wird depolitisiert und verarmt zunehmend. (Habermas, 1990, S. 284; 1994, S. 437). Dieses sehr negative Medienbild sowie die Einschätzung einer übertriebenen Einflussannahme durch die Medien werden

von verschiedenen Autoren angeprangert (Calhoun, 1994, S. 21; Garnham, 1994, S. 360). Das führt Habermas zwar zu einer Differenzierung, veranlasst aber zunächst nicht zu einer Aufwertung der Medienrolle (1994, S. 438). Erst in einem späteren Aufsatz stellt er ein kommunikatives Modell deliberativer Politik vor, das medienvermittelter, politischer Kommunikation das Vermögen für deliberative Legitimation zuspricht, wenn das Mediensystem von externen Einflüssen aus Wirtschaft und Politik unabhängig und einem anonymen Publikum gegenüber responsiv ist. Habermas' finales Urteil zu den Medien bleibt jedoch ein negatives: Aufgrund der Monopolisierung durch wirtschaftliche Interessen werden Angelegenheiten des politischen Diskurses von Unterhaltungsaspekten kontaminiert. Die Folgen seien die Personalisierung, die Dramatisierung von Ereignissen, die Simplifizierung komplexer Sachverhalte, die Polarisierung von Konflikten und die Forcierung einer politikfeindlichen Stimmung. (Habermas, 2006, S. 411-412; 420-423)

Im Gegensatz zu diesem negativen Resümee formuliert Brosda (2008b) auf derselben Basis eines deliberativen Öffentlichkeitsverständnisses sein Konzept des diskursiven Journalismus mit einem normativ anspruchsvollen und konstruktiven Profil der Massenmedien. In deliberativen Öffentlichkeiten sollen Journalisten demnach die Aufgabe des Diskursanwaltes erfüllen: Einerseits sollen sie für die Rezipienten die Richtigkeit und Akzeptabilität verschiedener Behauptungen im öffentlichen Diskurs prüfen und Informationen bereitstellen, die eine solche Prüfung durch das Publikum selbst möglich macht. Andererseits sollen sie Stimmen, die im Diskurs sonst kein Gehör finden, in den Diskurs einbringen und so seine Offenheit gegenüber allen Akteuren und Meinungen gewährleisten. (Brosda, 2008a, S. 16; 2008b, S. 377-378) Brosdas Konzept zeigt also, dass das deliberative Öffentlichkeitsverständnis nicht automatisch mit einem pessimistischen Medienbild einhergeht, sondern der Deliberationsprozess mit Leistungsanforderungen an die Massenmedien in Einklang zu bringen ist.

Neben den generellen Annahmen zur Beschaffenheit von Öffentlichkeit und öffentlicher Kommunikation zeichnet sich Habermas' Diskursmodell auf der Inputdimension – ähnlich dem Spiegelmodell – durch die Forderung nach Offenheit für verschiedene Themen und den allgemeinen Zugang aus. Habermas nimmt eine Gleichheit der Teilnahmebedingungen und der Artikulationsmöglichkeiten verschiedener Akteure an, unabhängig ihres sozialen Status – dies bilde eine ideale Sprechsituation im Diskurs. (1990, S. 156; 1992, S. 370-371) Der zentrale Unterschied zum Spiegelmodell liegt jedoch in der herausragenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure: Denn obwohl die Entscheidungsmacht den kollektiven Akteuren des Zentrums zugeschrieben wird, sollten in der Öffentlichkeit vor allem autochthone Akteure zu Wort kommen können. Das bedeutet, dass es normativ wünschenswert ist, dass hauptsächlich Bürger sowie

Vertreter der Zivilgesellschaft aus der Inputperipherie den öffentlichen Diskurs bestreiten. (Ferree et al., 2002a, S. 300-301; Gerhards, 1997, S. 12)

Der Wechsel auf die Throughputebene – also die Frage danach, was und wie in der Öffentlichkeit kommuniziert werden soll – rückt den Diskursverlauf in den Vordergrund. Das zuerst beschriebene repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsverständnis legt wiederum Wert auf die Offenheit der Debatte. Demnach soll es keine Themen oder Meinungen geben, die nicht diskutiert werden können – selbst Minderheitenmeinungen sind zu artikulieren. (Ferree et al., 2002a, S. 293) Auf welche Weise das erfolgt, ist jedem Akteur, der sich öffentlich äußert, zunächst selbst überlassen. Da es jedoch kein normatives Kriterium für die öffentliche Entscheidungsfindung gibt, ist der neutrale Umgang mit Akteuren anderer Positionen unabdingbar. Dafür ist jedoch eine gemeinsame Wertebasis notwendig. (Ackerman, 1987, S. 12-13; Gerhards, 1997, S. 11) Neben diesem Appell für die Zivilität im Umgang mit anderen Meinungen wird in der repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitstradition Emotionalität als Kommunikationsmittel verworfen. In emotionalen Diskursen werden häufig die Regeln eines neutralen Umgangs miteinander gebrochen, weswegen auf emotionale Rede zu verzichten ist. (Ferree et al., 2002a, S. 294) Dieser Standpunkt wird im partizipativ-liberalen Öffentlichkeitsverständnis allerdings relativiert: Da es die zentrale Aufgabe von Öffentlichkeit ist, Bürger zur Partizipation am politischen Geschehen zu mobilisieren, können auch emotionale oder polemische Appelle unter Umständen gerechtfertigt sein. Schadet dies jedoch der gesellschaftlichen Debatte, sind deliberative Kommunikationsstile vorzuziehen. Allgemein zeigt sich im Vergleich zum repräsentativ-liberalen, elitenbezogenen und neutral kommuniziertem Öffentlichkeitsverständnis in der partizipativ-liberalen Tradition die Zulässigkeit einer Bandbreite von Kommunikationsstilen. (ebd., S. 297-298)

Anders als beim Spiegelmodell liegt das Hauptaugenmerk im Diskursmodell explizit auf einem deliberativen Charakter der öffentlichen Kommunikation sowie auf einer Validierung von Meinungen (Jünger & Donges, 2013, S. 160). Das Ziel des idealen öffentlichen Diskurses besteht darin, andere Akteure von der eigenen Position zu überzeugen (Peters, 2001, S. 656-657). Da der Diskurs generell frei von internen und externen Zwängen vonstattengehen soll (Habermas, 1990, S. 97; 1992, S. 370), stehen explizit nicht die individuellen Interessen, sondern das öffentliche Wohl im Vordergrund. Es ist demnach das bessere Argument, das eine Debatte entscheidet, nicht die Macht- oder Mehrheitsverhältnisse. Alle in einer Diskussion vorgebrachten Argumente sind damit stets begründungspflichtig, sie sollten im Austausch mit anderen, unter Bezug auf die Argumente anderer und auf einem hohen Rationalitätsniveau diskutiert werden. (Gerhards, 1997, S. 6-7; Ferree et al., 2002a, S. 301-302) Um diese Voraussetzungen für die Konsensfindung zu erfüllen, sollte der Diskurs von Zivilität und



gegenseitigem Respekt geprägt sein – wobei im Vergleich zum repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsverständnis die Forderung nach Zivilität emotionale Argumente nicht ausschließt. Diese können im Diskursmodell der öffentlichen Debatte sogar zuträglich und rational ausgestaltet sein. (Ferree et al., 2002a, S. 305) Welche Diskursqualität bei der öffentlichen Kommunikation vorherrscht, ist im Habermas'schen Verständnis dabei stark vom Akteur abhängig: Demnach zeichnen sich zivilgesellschaftliche Akteure, also Sprecher aus der Inputperipherie, durch ein hochwertiges Diskursverhalten aus, da sie sich – im Vergleich zu Akteuren aus dem Zentrum – nicht über ihre Rolle definieren und nicht aufgrund der Pflicht zur Entscheidungsfindung in ihrem Kommunikationsverhalten eingeschränkt sind (Habermas, 1992, S. 438). Zusammenfassend zeigt sich, dass sowohl im Spiegel- als auch im Diskursmodell der Respekt für andere Diskursteilnehmer eine wichtige Voraussetzung für Öffentlichkeit ist. Während im liberalen Öffentlichkeitsverständnis jedoch alle Inhalte und Meinungen im Kommunikationsverlauf zugelassen sind, ist öffentliche Kommunikation im Diskursmodell stärker reglementiert: Demnach sollen sich öffentliche Sprechbeiträge argumentativ auf andere Diskursteilnehmer beziehen, sie sind mit Begründungen zu unterfüttern und sollten auf einem hohen Rationalitätsniveau erfolgen.

Die letzte Ebene von Öffentlichkeit bezieht sich auf den Output – also das Resultat des öffentlichen Kommunikationsprozesses. Das Spiegelmodell ist auf dieser Ebene in seinen normativen Ansprüchen erneut eher bescheiden: Da in moralischen Grundsatzfragen aufgrund der Vielzahl gesellschaftlicher Meinungen und Interessen kein Konsens erzielt werden kann, sind solche Fragen aus dem öffentlichen Diskurs auszuklammern. Öffentlicher Dissens ist nicht ständig zu wiederholen – vielmehr soll ein ‚conversational restraint‘ der Öffentlichkeitsakteure erfolgen. Befindet sich der Dialog aufgrund unterschiedlicher Wertevorstellungen in einer Pattsituation, sollten kontroverse Themen einfach von der Agenda genommen werden (Ackerman, 1989, S. 16-19). Ferner sind es Mehrheitsmeinungen, die als Entscheidungsgrundlage dienen. (Gerhards, 1997, S. 11) Wird eine Entscheidung von legitimen Repräsentanten getroffen, gibt es keinen Grund für weitere öffentliche Debatten. Und auch wenn es keine Entscheidung zu fällen gibt, wird in einer repräsentativ-liberalen Öffentlichkeit die grundsätzliche Abschließbarkeit von öffentlichen Diskursen vertreten – endlose Debatten soll es nicht geben. (Ferree et al., 2002a, S. 294) An diesem Punkt setzt das repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsverständnis an, das den Abschluss von Diskursen und den Verlass auf Mehrheitsmeinungen als problematisch einstuft – kann dies doch unter Umständen bedeuten, dass nicht alle Positionen zu einem Sachverhalt gehört werden. Minderheiten oder die ‚Verlierer‘ einer öffentlichen Debatte sollen demnach auch nach der Entscheidungsfindung die Möglichkeit

zur Meinungsartikulation haben, da nur so eine funktionierende Öffentlichkeit gewährleistet werden kann. (ebd., S. 299)

Im Diskursmodell folgt als Output einer ideal verlaufenden öffentlichen Debatte ein gradueller Konsens. Selbst wenn ein breiter gesellschaftlicher Konsens nicht möglich ist, so kann zumindest eine gemeinsame ‚Minimalposition‘ erarbeitet werden, um Entscheidungen voranzutreiben. Nur wenn ein Konsens erreicht wurde, so das deliberative Verständnis, ergibt ein Abschluss der Debatte nach der Entscheidungsfindung auch Sinn – sonst ist der Diskurs fortzusetzen. (ebd., S. 305-306) Dabei kritisiert Habermas Ackermans Annahme der kommunikativen Selbsteinschränkung (Habermas, 1992, S. 375-380) – es sollte vielmehr „alle Angelegenheiten, die einer politischen Regelung bedürfen, öffentlich diskutiert werden; aber nicht alles, was berechtigterweise Gegenstand öffentlicher Diskussion ist, wird auch einer politischen Regelung zugeführt“ (ebd., S. 381). Mehrheitsbeschlüsse zu politischen Fragen, die im Zentrum erfolgen, sind für das Funktionieren eines Systems unabdingbar. Doch gelten nur diskursiv hergestellte Mehrheitsmeinungen als legitim. (ebd. S. 364; 430) Im Vergleich zum „diskursiv geprüften Konsens, [bzw.] zumindest ... einer diskursiv abgeschliffenen Mehrheitsmeinung“ (Gerhards, 1997, S. 7) in einer autochthonen Öffentlichkeit, besteht das Resultat einer vermachteten Öffentlichkeit lediglich „in einer administrativ erzeugten Macht, einer beschafften Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik.“ (ebd.) Im Vergleich dazu hat der Diskurs einer autochthonen Öffentlichkeit eine gemeinschaftsbildende Funktion für die Gesellschaft, wobei zentrale Leistungen deliberativer Öffentlichkeit in der allgemeinen Rationalisierung des öffentlichen Argumentationshaushaltes sowie der Steigerung der Rationalität öffentlicher Meinungs- und Willensbildung bestehen. Dies dient der Herstellung legitimer Entscheidungen. (Peters, 2001, S. 657)

*Tabelle 1:* Gegenüberstellung des Spiegel- und Diskursmodells von Öffentlichkeit (nach Gerhards, 1997; Ferree et al., 2002a)

<b>Ebene</b>	<b>Spiegelmodell</b>	<b>Diskursmodell</b>
<b>Input</b>	<p>Kollektive Akteure dominieren den Diskurs</p> <p>Einbindung der Bürger und proportionale Repräsentanz aller gesellschaftlichen Interessen</p>	<p>Individuelle Akteure oder bürgernahe kollektive Akteure der Zivilgesellschaft dominieren den Diskurs</p> <p>Offenheit des Diskurses für alle Bürger und Gleichheit der Teilnahmebedingungen</p>
<b>Throughput</b>	<p>Bandbreite an Kommunikationsstilen und Handlungen zulässig, bei gleichzeitigem Respekt vor Akteuren mit anderen Meinungen</p>	<p>Argumentativer Bezug zu anderen Diskursteilnehmern</p> <p>Kommunikation mit Begründungen und hohem Rationalitätsniveau</p> <p>Kommunikation geprägt von gegenseitigem Respekt und Zivilität</p>
<b>Output</b>	<p>Ausklammerung nicht konsensfähiger Fragen aus der Kommunikation</p> <p>Kommunikative Selbsteinschränkung, Öffentliche Meinung als kommunizierte Meinung</p> <p>Mehrheitsmeinung bestimmt durch die Aggregation der Individualkommunikationen</p>	<p>Gemeinschaftsbildung durch Diskurs</p> <p>Lediglich Diskurs ermöglicht Legitimität von Entscheidungen</p> <p>Gesellschaftlicher Konsens oder argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung</p>

Der zentrale Unterschied zwischen dem Spiegel- und dem Diskursmodell besteht folglich auf der Outputebene, also in der Annahme einer (Un-)Möglichkeit von Konsens: Während das Spiegelmodell die Aggregation von Individualmeinungen zu einer Mehrheitsmeinung in den Vordergrund rückt und nicht-konsensfähige Fragen aus dem öffentlichen Diskurs ausklammert, stellt das Diskursmodell nach dem deliberativen Debattenverlauf in der Öffentlichkeit einen Konsens oder eine argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung in Aussicht. Nur ein Diskursverlauf